Nr. 245. 36. Jahrg.

Abend-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 7,50 Mk., monatl. 2,50 Mk. frei ins Haus, voraus zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,50 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,75 Mk., für das übrige Ausland 9,75 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung 7,75 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kolonelzeile kostet 1,50 Mk. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 50 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 25 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 40 Pfg., jedes weitere Wort 20 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1,20 Mk. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 14. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Neue Noten Brockdorff-Rantzaus.

Versailles, 13. Mai. Reichsminister Graf von Brockdorff-Rantzau hat heute an den Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau folgende drei Noten gerichtet:

Versailles, den 13. Mai 1919.

Herr Präsident!

Entsprechend der Ankündigung in meiner Note vom 9. Mai d. J. überreiche ich die nachfolgende Aeußerung der volkswirtschaftlichen Kommission, die beauftragt ist, die Rückwirkung der in Aussicht genommenen Friedensbedingungen auf die Lage der deutschen Bevölkerung zu begutachten:

„Deutschland war im Laufe der letzten beiden Generationen vom Agrarstaat zum Industriestaat übergegangen. Als Agrarstaat konnte Deutschland **40 Millionen Menschen** ernähren. Als Industriestaat war es in der Lage, die Ernährung einer Bevölkerung von 67 Millionen sicherzustellen. Die Einfuhr von Lebensmitteln betrug im Jahre 1913 rund

12 Millionen Tonnen.

Vor dem Kriege lebten in Deutschland vom auswärtigen Handel und der Schiffahrt — entweder direkt oder indirekt durch die Verarbeitung auswärtiger Rohstoffe — rund **15 Millionen Menschen.**

Nach den Bestimmungen des Friedensvertrages soll Deutschland seine für den Ueberseehandel taugliche Handelstonnage und Schiffsneubauten ausliefern. Auch sollen die Werften in den nächsten fünf Jahren in erster Linie für die alliierten und assoziierten Regierungen bauen. Deutschland büßt ferner seine Kolonien ein; die Gesamtheit seines Besitztums, seiner Interessen und Titel in den alliierten und assoziierten Ländern, in deren Kolonien, Dominien und Protektoraten soll — zur teilweisen Deckung der Entschädigungsansprüche — der Liquidation unterliegen und jeder anderen wirtschaftlichen Kriegsmaßnahme ausgesetzt sein, welche die alliierten und assoziierten Mächte in der Friedenszeit aufrechtzuerhalten oder neu einzuführen beschließen mögen.

Bei Ausführung der territorialen Bestimmungen des Friedensvertrages würden im Osten die

wichtigsten Produktionsgebiete für Getreide und Kartoffeln verloren

gehen; das wäre gleichbedeutend mit einem Ausfall von 21 Proz. der Gesamternte in diesen Lebensmitteln. Ueberdies würde unsere landwirtschaftliche Produktion in ihrer Intensität stark zurückgehen. Einmal wäre die Zufuhr von bestimmten Rohstoffen für die deutsche Düngemittelindustrie, wie Phosphaten, erschwert, sodann würde diese, wie jede andere Industrie, unter Kohlenmangel leiden, denn der Friedensvertrag sieht vor, daß wir fast

ein Drittel unserer Kohlenproduktion

verlieren; außerdem werden uns für die ersten 10 Jahre ungeheure Lieferungen an Kohle an bestimmte alliierte Länder auferlegt.

Weiter soll Deutschland nach dem Vertrage fast drei Viertel seiner Eisenerzproduktion und mehr als drei Fünftel seiner Produktion an Zink zugunsten seiner Nachbarn abtreten.

Nach dieser Einbuße an eigener Produktion, nach der wirtschaftlichen Lahmlegung durch den Verlust der Kolonien, der Handelsflotte und der auswärtigen Besitztümer, wäre Deutschland nicht mehr in der Lage, genügend Rohstoffe aus dem Auslande zu beziehen. Die deutsche Industrie müßte daher in einem gewaltigen Umfange erlöschen. Gleichzeitig würde der Bedarf an Lebensmitteleinfuhren erheblich steigen, während die Möglichkeit, ihn zu befriedigen, außerordentlich sinken müßte.

Deutschland wäre daher in kurzer Zeit außer Stande, den vielen Millionen auf Schiffahrt und Handel angewiesenen Menschen Arbeit und Brot zu gewähren. Diese Menschen müßten

aus Deutschland auswandern;

das ist aber technisch unmöglich, zumal sich viele der wichtigsten Länder der Welt gerade gegen die deutsche Einwanderung sperren würden. Außerdem würden hunderttausende ausgewiesener Deutscher aus den Gebieten der mit Deutschland Krieg führenden Staaten sowie aus den abtretenden deutschen Territorien und Kolonien nach dem übrig bleibenden deutschen Gebiet einströmen.

Werden die Friedensbedingungen durchgeführt, so bedeutet das einfach, daß **viele Millionen Menschen in Deutschland zu Grunde gehen müssen.**

Dieser Prozeß würde sich rasch entwickeln, da durch die Blockade während des Krieges und deren Verschärfung während des Krieges und deren Verschärfung während des Waffenstillstandes die Volksgesundheit gebrochen ist.

Kein Hilfswerk, noch so groß und langfristig angelegt, könnte diesem Massensterben Einhalt tun. Der Friede würde von Deutschland ein Mehrfaches der Menschenopfer fordern, die der vierenhalbjährige Krieg verschlang (1¾ Millionen im Felde gefallen, fast 1 Million Opfer der Blockade).

Wir wissen nicht und möchten es bezweifeln, ob die Delegierten der alliierten und assoziierten Mächte sich über die Konsequenzen im Klaren sind, wie sie unvermeidlich eintreten würden, wenn Deutschland, soeben noch ein dichtbevölkerter, mit der ganzen Weltwirtschaft verknüpfter, auf gewaltige Rohstoff- und Lebensmitteleinfuhr angewiesener Industriestaat, plötzlich auf eine Entwicklungsstufe zurückgestoßen wird, die seiner ökonomischen Konstruktion und seiner Bevölkerungsziffer von vor einem halben Jahrhundert entspricht.

Wer diesen Friedensvertrag unterzeichnet, spricht damit das Todesurteil über viele Millionen deutscher Männer, Frauen und Kinder aus."

Ich habe es für meine Pflicht gehalten, vor Ueberreichung weiterer Einzelheiten diese allgemeine Aeußerung über die Wirkung des Friedensvertrags auf das deutsche Bevölkerungsproblem zur Kenntnis der alliierten und assoziierten Friedensdelegation zu bringen. Die statistischen Nachweise stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau.

Versailles, den 13. Mai 1919.

Herr Präsident!

In dem den deutschen Delegierten vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages wird der VIII. Teil, betreffend die Wiedergutmachung, mit dem Artikel 231 eingeleitet, welcher lautet:

„Die alliierten und assoziierten Regierungen erklären, und Deutschland erkennt an, daß Deutschland und seine Verbündeten als Urheber für alle Verluste und alle Schäden verantwortlich sind, welche die alliierten und assoziierten Regierungen und ihre Staatsangehörigen infolge des ihnen durch den Angriff Deutschlands und seiner Verbündeten aufgezwungenen Krieges erlitten haben."

Deutschland hat die Verpflichtung zur Wiedergutmachung übernommen auf Grund der Note des Staatssekretärs Lansing vom 5. November 1918, unabhängig von der Frage der Schuld am Kriege. **Die deutsche Delegation vermag nicht anzuerkennen, daß aus einer Schuld der früheren deutschen Regierung an der Entstehung des Weltkrieges ein Recht oder Anspruch der alliierten oder assoziierten Mächte auf Entschädigung durch Deutschland für die durch den Krieg erlittenen Verluste abgeleitet werden könne.** Die Vertreter der alliierten und assoziierten Staaten haben zudem wiederholt erklärt, daß das deutsche Volk nicht für die Fehler seiner Regierung verantwortlich gemacht werden solle.

Das deutsche Volk hat den Krieg nicht gewollt und würde einen Angriffskrieg niemals unternommen haben. Im Bewußtsein des deutschen Volkes ist dieser Krieg stets ein Verteidigungskrieg gewesen.

Auch die Auffassung der alliierten und assoziierten Regierungen darüber, wer als Urheber des Krieges zu beschuldigen ist, wird von den deutschen Delegierten nicht geteilt. Sie vermögen der früheren deutschen Regierung nicht die alleinige oder hauptsächliche Schuld an diesem Kriege zuzusprechen. In dem vorgelegten Entwurf eines Friedensvertrages findet sich nichts, was jene Auffassung tatsächlich begründet. Keinerlei Beweise werden für sie beigebracht. Die deutschen Delegierten bitten daher um Mitteilung des Berichts der von den alliierten und assoziierten Regierungen eingesetzten Kommission zur Prüfung der Verantwortlichkeit der Urheber des Krieges.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

gez. Brockdorff-Rantzau.

(Fortsetzung folgt.)

Die Strafanträge im Liebknecht-Luxemburg-Prozeß.

In der heutigen Verhandlung des Liebknecht-Luxemburg-Prozesses stellte der Anklagevertreter folgende Strafanträge:

Gegen Kapitänleutnant Pflug-Hartung, Leutnant Stiege, Leutnant Littmann, Oberleutnant Rittsen Todesstrafe wegen vollendeten Mordes.

Gegen Oberleutnant Vogel 5 Jahr 1 Monat Zuchthaus wegen versuchten Mordes, außerdem 6 Wochen Haft wegen Erstattung einer falschen Meldung, die durch die Untersuchungshaft als verbüßt angesehen werden sollen.

Gegen Runge 3 Jahre 6 Monate Gefängnis wegen versuchten Todschlages unter Zubilligung mildernder Umstände, Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 4 Jahre, außerdem 2 Wochen Haft wegen Wachtvergehens.

Gegen Hauptmann Weller 3 Monate Gefängnis wegen Begünstigung.

Gegen Hauptmann Pflug-Hartung und gegen Leutnant Schulze Freisprechung.

Richtige Fragestellung.

Qualifiziertes oder unqualifiziertes Nein.

Von Eduard Bernstein.

Bei allen Entscheidungen, welcher Art sie auch seien, kommt außerordentlich viel darauf an, wie die zu beantwortende Frage gestellt wird. Eine falsche Fragestellung kann mit geradezu zwingender Notwendigkeit eine falsche Antwort zur Folge haben.

Das ist denn auch mit der Frage der Fall, wie sich die deutsche Sozialdemokratie zur Frage der Friedensbedingungen der alliierten Mächte stellen, beziehungsweise für welche Antwort Deutschland auf sie sie sich erklären soll. Stellte man sie auf Annehmen oder Ablehnen, wie es „Vorwärts" und „Freiheit" im ersten Augenblick in Uebereinstimmung mit der großen Mehrzahl der deutschen Blätter getan haben, so mußte man notwendigerweise zu einer falschen Antwort kommen. Annehmen wie ablehnen hat beides Konsequenzen, die kein gewissenhafter Politiker verantworten kann. Die Friedensbedingungen enthalten Bestimmungen, die ich als internationaler Sozialist nicht unterzeichnen könnte, ohne mich an den Grundsätzen der Internationale über das Recht der Völker, wie sie jetzt erst wieder von der Berner internationalen Sozialistenkonferenz bekräftigt worden sind, gröblich zu versündigen. Und diese wie andere Bestimmungen kann ich als Deutscher nicht unterzeichnen, ohne berechtigte Lebensinteressen einer großen Anzahl meiner Landsleute elend zu verraten. Ein Ja kam also diesen Bedingungen gegenüber, wenn es hieß, sie bis auf den I-Punkt zu unterschreiben, für mich ganz außer Betracht. Es konnte sich dem meines Erachtens zunächst nur um ein Nein handeln. Sollte, durfte es aber ein Nein sein, wie man es in einem Teil der Presse sofort marktschreierisch proklamierte und im großen bürgerlichen Publikum gläubig nachbetete?

Gewiß, wir können das Dokument, das der deutschen Friedensdelegation in Versailles vorgelegt worden ist, mit allen seinen jetzigen Bestimmungen nicht unterschreiben. Aber unser Nein kann kein unbedingtes Nein sein, denn das meiste wird, so hart es uns ankommt, schließlich doch unterschrieben werden müssen. Es hat jeder das Recht, für seine Person so heroisch zu sein, wie es ihm angezeigt erscheint. Niemand aber ist berechtigt, von „komme, was da wolle" zu reden, wo das Wohl und Wehe eines ganzen Volkes in Betracht kommt. Unser Nein ist ein qualifiziertes Nein, kann nur ein qualifiziertes Nein sein.

Wir müssen alles aufbieten, von der anderen Seite Eintreten in Erörterung der Einzelheiten ihrer Vorlage zu erlangen. Es ist vieles an ihr unklar, in unbestimmten Wendungen ausgedrückt und mag infolgedessen beim ersten Lesen schlimmer erscheinen als beabsichtigt. Das dürfte unter anderem von einer Anzahl Bestimmungen zutreffen, die sich auf die finanziellen Regelungen beziehen. Anderes ist widerspruchsvoll und bedarf deshalb der Aufklärung. Wieder anderes wird kaum aufrechterhalten werden können, wenn von deutscher Seite klargelegt wird, daß es Konsequenzen in sich birgt, die den Verfassern der Vorlage wahrscheinlich in ihrer Schwere nicht zum Bewußtsein gekommen sind und auch, weil ihnen die Dinge fern liegen, kaum zum Bewußtsein kommen konnten.

Nehmen wir z. B. die Bestimmung der deutschen Ostgrenze. Es ist schwer ersichtlich, von welchen Gesichtspunkten die Alliierten sich bei Ziehung der Grenze zwischen Deutschland und dem neuen Polen haben lenken lassen. Haben sie das Polen wieder herstellen wollen, wie es vor der ersten Teilung (1772) beschaffen war? Das würde schon mit den Grundsätzen der sozialistischen Internationale in Widerspruch stehen, deren in Bern gefaßte Resolution ausdrücklich die gewaltsamen oder verschleierten Annexionen auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten verwirft und für Gebietsänderungen die Willenserklärung der Bevölkerung fordert. Immerhin wäre es, so sehr es die Ansprüche der lebenden Generation ganzer Bezirke ignoriert, wenigstens ein in sich einheitlicher Gesichtspunkt. Aber bei Bestimmung der Grenze Oberschlesiens wird er plötzlich verlassen. Es ist zwar mehr als abgeschmackt, wenn deutsche Blätter ihren Lesern erzählen, Oberschlesien gehöre seit mehr als 700 Jahren zu Deutschland. Durch solche Drehung geschichtlicher Tatsachen wird die deutsche Sache nur geschädigt. Ganz Oberschlesien war mit vorübergehenden Ausnahmen den größten Teil des Mittelalters ein Teil des polnischen Staatswesens, kam im 14. Jahrhundert unter böhmisch-

tschechische Herrschaft, woher die polnisch-tschechischen Streitigkeiten um gewisse Gebiete herrühren, und wurde nach Zerstörung des böhmischen Staatswesens im 17. Jahrhundert mit dem übrigen Schlesien unmittelbares Verwaltungsgebiet des habsburgischen Reiches, bis im 18. Jahrhundert (1740 bis 42) Friedrich II. von Preußen unter Ausnutzung einer Notlage der Kaiserin Maria Theresia mit anderen Teilen Schlesiens auch dieses für Preußen eroberte. Man kann also, wenn man das so zusammengewürfelte habsburgische Reich durchaus als deutsch gelten lassen will, weil die Dynastie und ihre Erblande deutsch waren, allenfalls sagen, daß Oberschlesien seit zweiundeinhalb Jahrhunderten deutscher Besitz ist, aber mit dem Gerede von sieben oder gar acht Jahrhunderten soll man gefälligst aufhören. Richtig ist nur, daß es auch schon zur Zeit der ersten Teilung Polens nicht mehr zu diesem gehörte. Die Polen haben denn auch, und das ist ein viel wichtigeres Moment, bei keiner ihrer nationalen Erhebungen Anspruch auf Oberschlesien geltend gemacht, weder im 18. Jahrhundert, noch 1830, noch 1846, noch 1863, sondern im Gegenteil wiederholt ausdrücklich erklärt, daß ihre Bestrebungen auf Wiederherstellung Polens dieses Gebiet nicht umfassen. Ebenso haben die einen polnischen Dialekt („wasserpolnisch") sprechenden Oberschlesier noch den größten Teil des 19. Jahrhunderts kein Verlangen nach Verbindung mit dem alten Polen an den Tag gelegt. Die nationalpolnische Bewegung ist dort keine drei Jahrzehnte alt. Kann nun auch die Jugend der Bewegung kein Grund sein, sie zu ignorieren, so kann sie doch trotz der Stärke, die sie erlangt hat, ebenso wenig ein Grund sein, um ihretwillen all die anderen Entwickelungen, die sich im Laufe der zwei Jahrhunderte in Oberschlesien vollzogen haben, kurzerhand als nicht existierend beiseite zu lassen und die dortigen deutschen Kulturzentren ohne Rücksicht auf ihren Wunsch und Willen einer Fremdherrschaft auszuliefern.

Der Entwurf der Alliierten sieht im Gebiet des nördlichen Schleswig, dort, wo nicht die Bevölkerung ganz überwiegend dänisch ist, die Bestimmung der Nationalität nach Gemeinden vor. Warum soll aber, was in Schleswig recht ist, nicht in Oberschlesien, Posen und Westpreußen billig sein? Dem modernen demokratischen Rechtsgedanken entspricht es, die nationale Zugehörigkeit vom Willen der lebenden Bevölkerung abhängig zu machen — unmittelbar Hinzugezogene natürlich ausgenommen. Es kommen bei Losreißung von Gebieten aus ihrem bisherigen staatlichen Verband auch noch andere Rücksichten in Betracht, deren Behandlung hier zu weit führen würde. Betont muß aber werden, daß eine befriedigende Lösung des deutsch-polnischen Problems auf dem Wege einer Verständigung unter Zugrundelegung bestimmter einheitlicher Richtlinien gesucht werden muß und bei gutem Willen auch gefunden werden kann. Durch ein Diktat von oben herab, bei dem Willkür das entscheidende Wort gesprochen hat, wird sie nicht erzielt werden. Auch wir Sozialdemokraten, die friedliche Verständigung mit dem polnischen Volk erstreben, müssen gegen verschiedene der Bestimmungen, die sich auf die deutsch-polnische Frage beziehen, entschiedenen Einspruch erheben.

In Sachen des Saargebiets ist eines mit Anerkennung festzustellen: der Entwurf bestimmt, daß bei der nach Ablauf von 15 Jahren vorzunehmenden Volksbefragung das Recht der Abstimmung allen über 20 Jahre alten Personen ohne Unterschied des Geschlechts zustehen soll, die das Gebiet „zur Zeit der Zeichnung des Vertrages" bewohnt haben. Womit also Fälschung der Abstimmung durch nachträglich Zugezogene ausgeschlossen wäre und zeitweilig Abgewanderte ihr Stimmrecht behielten. So weit, so gut. Aber die Bestimmungen über die Verwaltung des Gebiets reichen nicht aus, eine völlig freie Selbstregierung der Bevölkerung zu gewährleisten — ganz abgesehen davon, daß, selbst den Anspruch auf den Verkauf des ganzen Kohlenbeckens als berechtigt zugegeben, dies noch nicht dazu nötigt, durch die dauernde militärische Besetzung und die Unterstellung der Verwaltung unter fremde Oberherrschaft als gerechtfertigt anzuerkennen. Wird sie durch das Mißtrauen in den ehrlichen Friedenswillen des deutschen Volkes begründet, so gibt es andere Möglichkeiten, diesen zu verbürgen.

Zu ihnen gehört eine bei aller Kritik objektive Behandlung der Forderungen der Alliierten. Gewiß, vieles davon trifft uns Deutsche sehr hart. Aber wenn wir nach der Ursache dieser Forderungen forschen, werden wir finden, daß sie zumeist einer sachlichen Begründung nicht entbehren. Deutschland hat viele Verwüstungen, viele Konfiskationen und Vernichtungen gut zu machen. Das Schlimmste, daß es zwar ohne allzu große Schwierigkeiten hätte gutmachen können, als es noch „das reiche Deutschland" war, aber heute, wo es nicht nur das finanziell, sondern auch ökonomisch verarmte Deutschland ist, nicht durchgängig gutmachen kann, ohne das darbende Deutschland zu werden. Unser Einspruch muß frei bleiben von jedem nationalistischen Beigeschmack. Es hat aus ihm alles fortzubleiben, was nicht unter dem Gesichtspunkt des demokratischen Rechts, der Gerechtigkeit und Menschlichkeit verkündigt werden kann. Unser non possumus — wir können nicht — verschiedenen Forderungen gegenüber muß so fest auf Tatsachen gegründet sein, daß kein Zweifel an seiner inneren Wahrheit bestehen kann.

Der Entwurf der gegnerischen Friedensforderungen stellt sich bei genauem Nachprüfen als ein Kompromißwerk dar. Es webt in ihm kein einheitlicher Gedanke — weder im guten noch im schlimmen liest er sich überall gleich. Vielfach stößt man auf Stellen, aus denen mehr Sinn für Billigkeit spricht als aus anderen. Es soll Deutschland erheblich mehr bei den ihm auferlegten Zahlungen und Lieferungen bezahlt oder abgerechnet werden, als aus den darüber gemeldeten Depeschen hervorging. Es scheint auch mancher geforderte Verzicht nur als zeitweilig gedacht zu sein. Jedenfalls ist es nicht unmöglich, daß sachliche Auseinandersetzungen über seine Einzelheiten zu Verbesserungen an ihm führt. Und zu einem Teil ist sie den deutschen Vertretern ja auch eingeräumt worden. Es kommt nun alles darauf an, sie zu fördern, wozu wir in der Heimat dadurch beitragen können, daß wir zwar freimütig sagen, was uns jetzt vorgelegt wird, verbieten unser Gewissen, unsere demokratische Ueberzeugung uns zu unterschreiben, aber jeder Uebertreibung, jedem in Hetze ausartenden Geschrei entgegenzuwirken. Unser Nein muß ein qualifiziertes Nein sein, das eine Verständigung offen läßt.

Der Untersuchungsausschuß der Preußischen Landesversammlung hat am Dienstag einige der früher bereits vernommenen Zeugen sich gegenübergestellt, insbesondere den Kommandanten Fischer und das Fünferausschußmitglied Rudolf auf der einen, Vollzugsratsmitglied Stolt und den Obmann der Soldatenwehr Grünberg auf der andern Seite.

Die dritte Note Brockdorff's.

Die dritte Note lautet:

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat aus dem Schreiben Eurer Exzellenz vom 10. d. M. entnommen, daß sich die alliierten und assoziierten Regierungen bei Abfassung der Bedingungen des Friedensvertrages von den Grundsätzen haben leiten lassen, nach denen der Waffenstillstand und die Friedensverhandlungen vorgeschlagen worden sind. Die deutsche Delegation will selbstverständlich diese Grundlage nicht in Zweifel ziehen, sie muß sich aber das Recht vorbehalten, auf die Bedingungen hinzuweisen, die nach ihrer Auffassung mit der Absicht der alliierten und assoziierten Regierungen in Widerspruch stehen.

Ein solcher Widerspruch springt besonders in die Augen bei den Bedingungen des Vertragsentwurfs, die sich auf die Abtretung verschiedener von deutscher Bevölkerung bewohnter Teile des Reichsgebiets beziehen. Abgesehen von der Rückgabe Elsaß-Lothringens an Frankreich und der Besetzung Kehls, auf welche beiden Punkte ich mir vorbehalte später einzugehen, wird Deutschland die zeitweilige oder **dauernde Unterstellung folgender deutscher Gebietsteile** unter fremde Herrschaft angesonnen: des Saargebiets, der **Kreise Eupen und Malmedy** sowie **Preußisch-Moresnets, Oberschlesiens**, deutscher Teile **Mittelschlesiens, Posens, Westpreußens und Ostpreußens**, auch die Abtretung deutscher Gebietsteile darüber hinaus.

Die deutsche Delegation verkennt nicht, daß für eine Reihe von Bestimmungen über territoriale Aenderungen, die im Friedensentwurf enthalten sind, der

Grundsatz der nationalen Selbstbestimmung

geltend gemacht werden kann, weil gewisse bisher von deutscher Seite beherrschte Bevölkerungsgruppen, z. B. die polnische, sich als nichtdeutsch betrachten. Auch in der Frage von Schleswig sind nationale Gründe anzuführen, wenngleich die deutsche Delegation nicht einsieht, mit welcher Vollmacht die alliierten und assoziierten Regierungen die zwischen Deutschland und Dänemark zu regelnde Grenzfrage zum Gegenstand der Friedensverhandlungen machen. Die neutrale dänische Regierung weiß, daß die gegenwärtige deutsche Regierung immer bereit gewesen ist, sich mit ihr über eine neue dem Prinzip der Nationalitäten entsprechende Grenze zu verständigen. Wenn die dänische Regierung es trotzdem vorziehen sollte, ihre Ansprüche auf dem Umweg über die Friedensverhandlungen zu betreiben, so ist die deutsche Regierung nicht gewillt, hiergegen Widerspruch zu erheben.

Die Betreitschaft der deutschen Regierung erstreckt sich aber nicht auf jene Gebiete des Reichs, die nicht unzweifelhaft von einer Bevölkerung fremden Stammes bewohnt sind. Vor allen Dingen hält sie es für unzulässig, daß durch den Friedensvertrag zu dem Zwecke, finanzielle oder wirtschaftliche Forderungen der Gegner Deutschlands zu sichern, deutsche Bevölkerungen und Gebiete von der bisherigen Souveränität zu einer anderen verschachert werden, als ob sie bloße Gegenstände oder Steine in einem Spiel wären.

Dies gilt insbesondere von dem Saarbecken. Daß hier eine rein deutsche Bevölkerung wohnt, bestreitet niemand. Trotzdem sieht der Friedensentwurf einen Uebergang der Herrschaft über dieses teils preußische, teils bayerische Gebiet auf Frankreich vor, die zu einer völligen Verschmelzung im Hinblick auf Zollverhältnisse, Münzwesen, Verwaltung, Gesetzgebung und Rechtsprechung führen muß, zum mindesten aber die Verbindung des Saargebiets mit dem übrigen Reiche in allen diesen Beziehungen völlig aufhebt. Daß **die ganze Bevölkerung sich gegen eine solche Lostrennung von der alten Heimat mit aller Entschiedenheit wehrt**, wird den Okkupationsbehörden nicht unbekannt sein. Die wenigen Personen, die anders zu denken vorgeben, weil sie entweder der Macht schmeicheln oder ungerechte Gewinne zu sichern hoffen, kommen nicht in Betracht.

Vergebens würde man einwenden, daß die Besetzung ja nur für 15 Jahre gedacht ist, und daß nach Ablauf dieser Frist eine Abstimmung des Volkes über die künftige Zugehörigkeit entscheiden soll; denn der Rückfall des Gebiets an Deutschland ist davon abhängig gemacht, daß die deutsche Regierung dann in der Lage sein wird, binnen kurzer Frist die sämtlichen Kohlenbergwerke des Gebiets der französischen Regierung gegen Gold abzukaufen, und, falls die Zahlung nicht geleistet werden kann, soll das Land

endgültig an Frankreich fallen, selbst wenn die Bevölkerung sich einstimmig für Deutschland ausgesprochen hätte.

Nach den finanziellen und wirtschaftlichen Bedingungen des Vertrages erscheint es ausgeschlossen, daß Deutschland in 15 Jahren über die entsprechende Menge Gold wird verfügen können. Ueberdies würde voraussichtlich, wenn das Gold in deutschen Besitz vorhanden wäre, die Entschädigungskommission, die dann Deutschland noch beherrschen würde, eine solche Verwendung des Goldes schwerlich gestatten. **Es dürfte in der Geschichte der neuen Zeit kein Beispiel dafür geben, daß eine zivilisierte Macht die andere veranlaßt hat, ihre Angehörigen als Gegenwert für eine Summe Goldes unter fremde Herrschaft zu bringen.**

In der öffentlichen Meinung der feindlichen Länder wird die Abtretung als Entschädigung für die Zerstörungen nordfranzösischer Bergwerke hingestellt. Die deutsche Delegation erkennt an, daß Frankreich für diese Zerstörungen entschädigt werden muß. Sie gibt auch zu, daß eine Entschädigung in Geld allein der Verschlechterung der Wirtschaftslage Frankreichs nicht entsprechen würde. Wenn also die Forderung einer Naturalentschädigung als begründet anerkannt werden soll, so muß und kann die Naturalentschädigung auf einem anderen Wege gesucht werden als den einer Fremdherrschaft, die auch bei den menschlichsten Absichten der Regierungen immer gehässig bleibt.

Die deutsche Delegation ist bereit, alsbald mit den alliierten und assoziierten Regierungen in

Verhandlungen

darüber einzutreten, wie der Ausfall in der Kohlenförderung der ehemals von Deutschland besetzten Gebiete bis zur Herstellung der zerstörten Gruben, zu der sie sich verpflichtet hat, ersetzt werden kann. Dabei würde sie vorschlagen, anstelle des rohen und unangemessenen Ersatzes durch die Ueberweisung des Saarkohlenbeckens und die Uebereignung der dortigen Kohlengruben einen billigeren Ausgleich zu suchen. Anstelle der ausfallenden nordfranzösischen Kohlen würden deutsche Kohlen und zwar nicht nur

Saarkohlen sondern auch Ruhrkohlen

zu liefern sein. Abgesehen davon, daß es verkehrspolitisch unzweckmäßig wäre, gerade die Saarkohlen, die bisher ein ganz anderes natürliches Absatzgebiet hatten, ausschließlich für jene Ersatzzwecke zu benutzen, erscheint die Heranziehung des Ruhrgebietes auch deshalb unentbehrlich, weil die geschädigten Bezirke auf die Erzeugnisse des Ruhrgebiets mehr, als auf die des Saargebiets, angewiesen sind.

Die deutsche Delegation ist überzeugt, daß sich über eine solche Kohlenlieferung unschwer ein Abkommen treffen ließe, das allen berechtigten Forderungen Frankreichs Genüge täte. Voraussetzung wäre nur, daß die Sachverständigen beider **Parteien sich unmittelbar miteinander in Beziehung setzten und die** Bedingungen der Lieferung auf geschäftlicher Basis in mündlichen Verhandlungen ausarbeiteten.

Was Belgien anlangt, so ist Deutschland bereit, die

Schäden Belgiens in vollem Umfange gutzumachen;

es kann daher keinen Grund dafür anerkennen, weshalb es gezwungen sein soll, Preußisch-Moresnet sowie die Kreise Eupen und Malmedy abzutreten. Es ist keinerlei Beweis dafür zu erbringen, daß diese Kreise von einer unzweifelhaft nichtdeutschen Bevölkerung bewohnt werden. Die Volksabstimmung, mittels deren man der Bevölkerung der Kreise scheinbar eine Mitbestimmung an ihrem künftigen Schicksal geben will, hat daher nach den vereinbarten Friedensgrundsätzen **keine innere Berechtigung.** Nach dem Friedensentwurf soll sie aber nicht einmal ausschlaggebend sein, vielmehr würde eine Instanz, an der Deutschland in keiner Weise beteiligt ist, auch dann nach freiem Ermessen über die Zukunft des Gebiets bestimmen, wenn die Bevölkerung ihren Willen kundgetan hätte, bei Deutschland zu verbleiben.

Diese Anordnung ist in sich ungerecht

und widerspricht dem Grundsatz, daß keinen nationalen Bestrebungen Befriedigung gewährt werden sollte, wenn dadurch neue Elemente von Zwist und Widerstreit geschaffen würden.

Die deutsche Delegation behält sich vor, auf die Bestimmungen über territoriale Aenderungen im Osten des Reichs in einer besonderen Note zurückzukommen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichneten Hochachtung. Brockdorff-Rantzau.

Italiens Unterschrift zweifelhaft.

Unsicherheit der Lage in Rom.

Bern, 13. Mai. Der dem römischen auswärtigen Amt nahestehende römische Berichterstatter der „Perseveranza" erklärt — offenbar in der Absicht, seine warnende Stimme in Paris hören zu lassen — daß in Rom die Lage als ganz unsicher angesehen werde. Man halte die Unterzeichnung des Friedens durch Deutschland für alles andere als sicher; auch die Unterschrift Italiens sei zweifelhaft. Die Unterschrift Italiens zu einem Frieden, der Deutschland wirtschaftlich ruinieren könne, wäre als ein schwerer Fehler zu betrachten.

Die Zahl der Enttäuschten wächst. China will nicht unterzeichnen. Italien ist zur Unterzeichnung noch keineswegs entschlossen. Es ist noch nicht ausgeschlossen, daß die Versailler Konferenz ausgeht wie das Hornberger Schießen. Die drei starken, von Größenwahnsinn befallenen Männer in Paris werden doch einsehen müssen, daß sie ohnmächtig sind, den Lauf der Welt vom grünen Tisch aus zu diktieren. Sie brechen die ganze Welt auseinander und bilden sich ein, sie zusammenzuführen.

Bern, 13. Mai. Die vor wenigen Monaten gegründete italienische Volkspartei verwirft in einem Rundschreiben jeden Imperialismus und jede Anstrebung der wirtschaftlichen Hegemonie. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker müsse durchgeführt und eine freundschaftliche Zusammenarbeit auch mit dem Feinde eingeleitet werden.

Man rechnet auf Haases Unterschrift.

Die französische Spekulation.

Versailles, 13. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) **Das Manifest des Berner Aktionsausschusses hat die bürgerliche Presse sichtlich beunruhigt, gleichzeitig jenen Sozialisten etwas mehr Selbstbewußtsein eingeflößt, die das Friedensdokument bekämpften, sowie jene Sozialisten, die es zu verteidigen wagten, an ihre Pflicht erinnert.** Doch ist die Stimmung alles andere als einheitlich. Selbst innerhalb derselben Nummer eines einzelnen Blattes wie der heutigen „France libre" kommen die verschiedensten Ansichten zur Sprache. Während Compère Morel vorsichtig von dem Friedensvertrag abzurücken beginnt, ist nach der Leitartikel von Jobert eine brutale Verhöhnung Deutschlands. Jobert findet sogar das Dokument noch zu gemäßigt und zu wenig befehlshaberisch, er gibt Deutschland den Rat, schnellstens zu unterzeichnen, sonst würde das französische Volk diese Mängel entdecken (!) und Verschärfungen durchsetzen. Jobert schließt mit den Worten: „Unterzeichnen Sie rasch Herr v. Brockdorff-Rantzau und schweigen Sie, Scheidemann! Wieder einmal wird Frankreich großmütig gewesen sein, vielleicht zu großmütig (!)"

Nur „Populaire" setzt den unerbittlichen Kampf gegen den Gewaltfrieden fort. Gestern hob er die Unsinnigkeit der Lösung der Schleswiger Frage hervor, die sogar Dänemark aufgebracht habe und heute kennzeichnet er die Widersprüche in der willkürlichen Auslegung des Selbstbestimmungsrechts der Völker.

„Humanité" setzt ihre ganze Hoffnung auf die Unabhängigen, die den Frieden unterzeichnen werden (Bekanntlich wollen die Unabhängigen aber nur die andern unterzeichnen lassen. Red. d. Vorw.) und deren baldiger Sieg ihr sicher erscheint. Cachin stellt Deutschland für den Fall einer weiteren Radikalisierung mildere Friedensbedingungen in Aussicht, in dem sichtlichen Bestreben, mit dieser gänzlich haltlosen Behauptung, den deutschen Unabhängigen ein Agitationsmittel zuzuspielen. Es rächt sich jetzt, daß die Mehrheitssozialisten in Amsterdam nicht rechtzeitig anwesend sein konnten (bekanntlich ohne ihre Schuld, Red. d. Vorw.), wodurch die Unabhängigen Gelegenheit erhielten, Longuet ganz einseitig zu informieren. Die Unabhängigen werden täglich in der „Humanité" verherrlicht, die Mehrheitssozialisten verdächtigt. Der Artikel der „Freiheit", der sich gegen die „heroische Geste" wandte, wird täglich in neuer Form erörtert. Auch die nationalistischen Blätter berufen sich auf die Unabhängigen, um ihre Leser zu beruhigen und die Ansichten zu verstärken, daß Deutschland doch schließlich unterschreiben werde. Durch diese fortwährende Beteuerung klingt aber die starke Nervosität des inneren Zweifels. Freilich wäre es diesen Blättern viel lieber, wenn das Friedensdokument von Brockdorff, als wenn es von Haase unterschrieben würde. (In Paris scheint man der Erklärung der Unabhängigen, daß sie selber nicht die Regierung zum Zwecke der Unterzeichnung übernehmen würden, danach wenig Glauben beizumessen.)

Die internationalen Frauen gegen den Gewaltfrieden.

Zürich, 13. Mai. (Depeschenagentur.) **In der heutigen Sitzung des Internationalen Frauenkongresses wurden die von der politischen Kommission für die Pariser Konferenz ausgearbeiteten Vorschläge zum Friedensvertrag und zum Völkerbund behandelt. Miß Snowden kritisierte aufs schärfste die Pariser Bedingungen, wobei sie vielfach von starken Beifallskundgebungen, besonders auch von seiten der englischen und der amerikanischen Delegation, unterbrochen wurde.**

Mordprozeß Liebknecht-Luxemburg.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung teilt der Anklagevertreter mit, er habe durch ein Schreiben des Polizeipräsidenten die Mitteilung erhalten, daß das im Prozeß wiederholt erwähnte Messer mit den anderen der Leiche Liebknechts abgenommenen Sachen dem Rechtsanwalt Theodor Liebknecht ausgeliefert sei. Theodor Liebknecht ist telegraphisch geladen, um als Zeuge vernommen zu werden. Er ist aber nicht erschienen.

Der Vorsitzende verliest ein Schreiben des Vollzugsratsmitgliedes Paul Wegmann, der das Gutachten der ärztlichen Sachverständigen anzweifelt. Wegmann schreibt, er habe der Obduktion der Leiche Liebknechts von Anfang an beigewohnt und sie genau beobachtet. Er könne sich genau erinnern, daß bei der Oeffnung des Schädels das Gehirn bloßgelegen habe. Der Sachverständige, Geheimrat Bier, habe erklärt, der Einschuß müsse durch den zertrümmerten Schädel, also nicht, wie die Sachverständigen es jetzt dargestellt haben hinter dem Ohr eingedrungen sein. Wegmann schreibt, auch er halte es für ausgeschlossen, daß der Schuß hinter dem Ohr eingedrungen sei. Er stehe auf dem Standpunkt, daß das erste nach der Obduktion erstattete Gutachten das Richtige angebe.

Das Gericht legt — in Uebereinstimmung mit dem Anklagevertreter und dem Verteidiger — keinen Wert auf den Brief, da die Ansichten Wegmanns das Gutachten der medizinischen Sachverständigen nicht erschüttern können.

Das Gericht beschließt, nochmals in die Beweisaufnahme einzutreten, da sich ein Zeuge Wolf gemeldet hat, der die Angaben des Zeugen Janschkow berichtigen will. Der Zeuge Fritz Wolf wird vernommen. Er gibt an, er sei als Kaufmann in der Artilleriewerkstatt in Spandau eingestellt. Von einem dort beschäftigten Schlosser, der mit Janschkow bekannt ist, habe er erfahren, daß Janschkow wichtige Angaben über die Tötung von Rosa Luxemburg machen könne. Darauf habe er, der Zeuge, eine Zusammenkunft mit Janschkow im „Fürstenhof" veranlaßt. Er habe Janschkow ermahnt, sich streng an die Wahrheit zu halten. Janschkow habe dann ausgesagt, Oberleutnant Vogel sei zuerst bestimmt gewesen, Liebknecht zu transportieren, dann sei er aber mit dem Transport Rosa Luxemburgs beauftragt worden. Er, Janschkow, habe sich gewundert, daß, als Rosa Luxemburg heruntergebracht wurde, die Drehtür des Ausgangs ausgehoben war und daß Runge dort Posten stand.

Nachdem Runge Frau Luxemburg niedergeschlagen hatte, sei sie in das Auto gelegt worden. Oberleutnant Vogel habe im Wagen gestanden, mit dem Rücken nach dem Führersitz und dem Gesicht nach Rosa Luxemburg. Vogel habe sich einmal nach Janschkow, dem Chauffeur des Wagens, umgewandt, dann habe er sich aber wieder mit dem Gesicht nach Rosa Luxemburg umgedreht und sie in den Kopf geschossen. Diese Angaben Janschkows seien sofort niedergeschrieben und Janschkow habe erklärt, das sei die Wahrheit, die er auch vor Gericht zu beschwören bereit sei. Weiter habe Janschkow gesagt, Vogel habe am Tage nach der Tat gesagt, die Leiche Rosa Luxemburgs sei aus dem Wasser geholt worden. Er Janschkow stehe mit den Offizieren im Eden-Hotel auf sehr kameradschaftlichem Fuß, fast auf du und du. Auf die Frage, ob Janschkow vor Gericht bei seinen Angaben bleiben würde, habe er Andeutungen gemacht, daß er in diesem Fall von den Herren im Eden-Hotel wirtschaftliche Nachteile zu befürchten habe, er erwarte deshalb, daß er gegen solche Nachteile sichergestellt werde und zwar in der Weise, daß ihm (er sei Besitzer einer Autogarage) seine Fahrzeuge abgekauft werden und ihm dafür sofort eine Sicherheit von 100 000 M. gestellt werde. Als dem Janschkow in dieser Hinsicht keine bestimmte Zusage gemacht worden sei, sei er zurückhaltend geworden, er habe bemerkt, er habe schon zuviel gesagt, wenn er kein Geld sehe, lasse er sich auf nichts mehr ein, er wolle nicht hereinfallen.

Vors.: Warum kommen Sie erst heute mit Ihrer Aussage? — Zeuge: Ich hielt es nicht für Sache des Militärgerichts, den Fall aufzuklären, sondern für Sache einer Kommission. Als ich jetzt in den Zeitungen die untreue Aussage Janschkows gelesen hatte, habe ich mich als Zeuge gemeldet. Auf weitere Fragen gibt der Zeuge an, er sei nicht direkt mit Janschkow in Verbindung getreten, sondern durch den Schlosser Hartwig, an den sich Janschkow gewandt hatte in der Absicht, mit der Partei in Verbindung zu kommen, um sein Gewissen zu erleichtern. Das sei geschehen zur Zeit des Generalstreiks im März. Anscheinend habe Janschkow angenommen, mit der Macht der Herren im Edenhotel sei es bald zu Ende und habe er sich an die Partei gewandt. Es haben drei Zusammenkünfte mit Janschkow in Gegenwart Dritter stattgefunden. Janschkow habe noch angegeben, Vogel habe Frau Luxemburg zwischen Mund und Nase geschossen. — Vors.: Welcher Partei gehören Sie an?

Zeuge: Ich bin seit mehreren Jahren als Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratie tätig. Auf weitere Fragen antwortet der Zeuge, er habe den Eindruck gehabt, Janschkow wolle Geldvorteile für sich herausholen und als ihm das nicht gelang, habe er eine andere Aussage gemacht.

Angekl. Kap.-Lt. v. Pflug-Hartung erklärt: Janschkow kam zu mir, als Oberlt. Vogel schon verhaftet war und sagte, daß der Zeuge Wolf mit ihm gesprochen habe. Ich riet ihm, auf die Sache einzugehen, damit wir sehen, was die Herren von ihm wollen. Darauf hat dann Janschkow das angegeben, was der Zeuge Wolf hier gesagt hat.

Der Vorsitzende hält dem sofort zur Stelle gebrachten Zeugen Janschkow die Aussage des Zeugen Wolf vor. Janschkow behauptet, das seien alles Lügen. Die Angaben, die er bei den Zusammenkünften mit Wolf gemacht habe, seien ihm in den Mund gelegt worden, er habe das nicht gesagt.

Vors.: Wollen Sie bestreiten, daß Sie gesagt haben, Vogel habe Frau Luxemburg ins Gesicht geschossen? Zeuge: Das bestreite ich ganz entschieden. Vors.: Wollen Sie auch bestreiten, daß sie angegeben haben, wo Oberleutnant Vogel im Auto stand? Zeuge: Nicht ein Wort habe ich davon gesagt. Das ist alles Lüge. Wenn drei gegen einen auftreten, was soll man da machen. Da sieht man doch, wie die Zeuge Janschkow, daß er sich an Hartwig gewandt habe. Dieser habe Zeuge Janschkow, daß er sich an Hartwig gewandt habe. Dieser hab' sich an ihn gewandt und gesagt, wenn er Rosa Luxemburg gefahren habe, dann sei sein Leben gefährdet. Er solle eine Aussage machen, er, Hartwig, werde ihn, Janschkow, mit der Partei zusammenbringen.

Der Vorsitzende hält dem Zeugen vor, daß ein vom Verteidiger benannter Zeuge Dr. Labowski wissen solle, daß er, der Zeuge, ja zu den Angaben gegenüber Wolf veranlaßt sein solle. — Hierauf sagt der Zeuge Janschkow, ja, das sei allerdings richtig. Es sei darüber gesprochen worden, er solle mit den Leuten verhandeln und ein Schriftstück zu bekommen suchen, welches beweise, daß die ganze Sache eine Mache sei. — Ich habe auch zu den Leuten gesagt, wenn ihr mir Geld gebt, sage ich alles. Eine Summe habe ich aber nicht genannt.

Zeuge Dr. Labowski gibt an, er sei als Jurist vom Kapitänleutnant v. Pflug-Hartung zu dem Gespräch mit Janschkow hinzugezogen worden. Janschkow habe mitgeteilt, daß Hartwig an ihn herangetreten sei und daß eine Aussage von ihm verlangt wurde. Da habe er, Zeuge Labowski, ihm geraten, auf die Sache einzugehen, den Leuten aber, namentlich über den angeblichen Schutz des Oberleutnants Vogel, so unwahrscheinliche Angaben machen, daß die Unwahrheit ohne weiteres zu erkennen sei. Er solle sich aber erst Geld von den Leuten geben lassen, damit diese doch einen Nachteil und die Oeffentlichkeit einen Heiterkeitserfolg habe.

Zeuge Walther, der den Zusammenkünften zwischen Wolf und Janschkow beiwohnte, macht Angaben, die sich mit denen des Zeugen Wolf decken. — Zeuge Wolf bleibt allen Vorhaltungen gegenüber bei seinen Aussagen.

Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Der Anklagevertreter K.-G.-R. Roerns erhält das Wort zum Plädoyer. Er führt aus: Der Tod Liebknechts und Frau Luxemburgs hat in der Presse, die den Verstorbenen nahesteht, eine maßlose Hetze, namentlich gegen die Führung der Untersuchung, hervorgerufen. Besonders in der „Roten Fahne" und der „Freiheit". Diese habe noch gestern die gegenwärtige Verhandlung als eine Komödie bezeichnet und Rechtsanwalt Dr. Rosenfeld hat in der „Freiheit" geschrieben, dieser Prozeß sei eine Farce. Durch die gestern vernommenen Zeugen Wegmann, Rusch und Struve ist nichts vorgebracht worden, was die einwandfreie Führung der Untersuchung in Frage stellen könnte. Nicht von politischen Erwägungen und Stimmungen lassen wir uns leiten, sondern wir sind den Weg gegangen, den uns das Gesetz vorschreibt.

Die auf die Führung der Untersuchung in der Presse erhobenen Angriffe sind eine ganz gemeine, niederträchtige Verleumdung. Der Redner geht hierauf auf die Ergebnisse der Verhandlung ein und führt unter anderem aus: Erwiesen ist, daß Runge mit seinem Karabiner einen Schlag gegen den im Auto sitzenden Liebknecht abgab. Die Behauptung Runges, er sei bei einem Streik von Liebknecht und Frau Luxemburg mit der Pistole bedroht worden, ist nicht richtig. Es ist nicht anzunehmen, daß Runge zu seiner Tat von den angeklagten Offizieren angestiftet worden sei oder daß diese sonst in irgend einem Zusammenhang mit der Tat Runges stehen. — Daß Liebknecht nach dem Aussteigen aus dem im Tiergarten stehenden Auto einen Fluchtversuch gemacht hat, ist nicht ausgeschlossen, die Offiziere auf ihn schossen und ihn auch treffen wollten, steht fest. Es fragt sich nun, ob in diesem Falle die Anwendung der Schußwaffe berechtigt war.

Groß-Berlin

Aufklärung des Spandauer Millionenraubes.

Der Gerichts- und Proviantoffizier.

Nachdem es bereits gelungen war, vier Personen festzunehmen, die versuchten, einen Teil der geraubten rumänischen Leinoten bei Emmerich über die holländische Grenze zu schmuggeln, konnte die Kriminalpolizei jetzt einen Mann festnehmen, der von den Schmugglern als einer der Millionendiebe beschuldigt wird, in dessen Auftrag sie das Geld nach Holland bringen sollten. Es handelt sich um einen früheren Leutnant Bingel, der während der Revolutionstage im November Gerichts- und Verpflegungsoffizier in Spandau war. Der Millionenraub ist in den ersten Tagen nach der Revolution verübt worden. Den Räubern fielen damals 80 Millionen Mark Eintausend-Leinoten in die Hände. Bald darauf wurden eine Anzahl dieser Scheine bei Bankhäusern eingewechselt. Auch gab in einem Charlottenburger Spielklub ein Mann verschiedentlich Tausendleinoten in Zahlung. Weder bei den Banken noch in dem Klub ließen sich die Besitzer wieder sehen. Es mußte angenommen werden, daß diese nunmehr versuchen würden, das rumänische Geld anderwärts umzuwechseln oder über die Grenze zu schaffen. Es wurden deshalb alle Polizei- und Grenzbehörden benachrichtigt, aber nirgendwo tauchten die geraubten Scheine auf. Erst jetzt versuchten nun die vier Personen, deren Namen noch nicht bekannt sind, 3 Millionen bei bei Emmerich über die Grenze zu schmuggeln. Das Geld wurde beschlagnahmt und die Schmuggler festgenommen. Sie wurden der Bochumer Kriminalpolizei übergeben, die feststellte, daß einer der Verhafteten aus Spandau stammt. Die Verhafteten gaben zu, daß das Geld wahrscheinlich aus dem großen Diebstahl herrühre und bekundeten, daß sie den Auftrag von dem früheren Leutnant Bingel erhalten hätten. Bingel war bald darauf aus dem Heeresdienst ausgeschieden und hatte mit seinem Burschen Fröschel in der Möckernstraße ein Speditionsgeschäft gegründet. Dort wurde er verhaftet. Er bestreitet, mit dem Millionenraub etwas zu tun zu haben, doch sind die Nachforschungen unverzüglich in die Wege geleitet worden. Sein früherer Bursche und jetzige Kompagnon befindet sich zurzeit auf Reisen. Es wird vermutet, daß auch Bingel und Fröschel versuchten, die Tausendleinoten bei den Banken umzuwechseln und bei dem Charlottenburger Spielklub umsetzten. Es sind sofort Schritte eingeleitet worden, um den Verhafteten mit den Bankangestellten und den Personen des Spielklubs gegenüberzustellen. Es wird vermutet, daß Bingel und Fröschel noch alles oder aber den größten Teil des geraubten Geldes versteckt halten. Es liegt auch nahe, daß sie das Speditionsgeschäft nur gegründet haben, um Beziehungen zum Ausland zu erhalten.

*

Zu dem Spandauer Millionenraub teilen wir mit, daß Leutnant Bingel sofort wieder auf freien Fuß gesetzt worden ist, da der gegen ihn ausgesprochene Verdacht sich als unbegründet erwiesen hat. Der Verdacht gegen seinen früheren Burschen Fröschel hat sich dagegen noch verstärkt. Der Verfolgte ist gerade seit dem Tage verschwunden, als die erste Nachricht von dem Millionenraub in die Oeffentlichkeit kam.

Mord am Kurfürstendamm.

Ein Mord wurde heute früh in dem Hause am Kurfürstendamm Nr. 188/89 verübt. Hier wurde der Generalvertreter Hans Wendelstadt auf dem Flur seiner Wohnung hinter der Tür in einer Blutlache tot aufgefunden. Die Umstände lassen darauf schließen, daß er nach einem Kampfe ermordet worden ist. Polizeileutnant Schmitt machte die ersten Feststellungen und benachrichtigte sofort die Charlottenburger Kriminalpolizei.

Zur Diätenfrage in Gemeindeparlamenten. Bei der Umgestaltung der Gemeindeparlamente ist durch Verordnung auch die Möglichkeit geschaffen worden, Anwesenheitsgelder für Stadt- und Gemeindeverordnete und Aufwandsentschädigungen für unbesoldete Stadträte und Schöffen festzusetzen. Daraufhin beantragten in Schöneberg die sozialdemokratischen Stadtverordneten, den Magistrat um Beratung dieser Frage in gemischtem Ausschuß zu ersuchen. In dieser Sitzung lehnten die bürgerlichen Fraktionen diesen Antrag ab und ersuchten ihrerseits den Magistrat, auf Beseitigung jener Verordnung hinzuwirken. Dieselbe Angelegenheit dürfte demnächst in verschiedenen Gemeindeparlamenten Groß-Berlins erörtert werden, voraussichtlich mit andrem Erfolg als in Schöneberg.

Pakete an deutsche Gefangene in englischer Gewalt auf belgischem und französischem Boden werden fortan unmittelbar über Köln an ihre Bestimmung geleitet, wenn sie keine Bücher enthalten. Pakete mit Büchern sowie alle anderen Arten von Postsendungen für diese Gefangenen nehmen nach wie vor den zeitraubenden Umweg über Holland und England. Um sich die schnelle Beförderung der keine Bücher enthaltenden Pakete an diese Gefangenen zu sichern, haben die Absender auf den Paketen und den Paketkarten zu vermerken: „Enthält keine Bücher und keine schriftlichen Mitteilungen."

Tauentzien-Palast! „Lola Montez II." heute Freitag. Außerdem Neuaufführung des Detektivfilms „Die geheimnisvolle Villa".

Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene des Siemenskonzerns. Versammlung, Donnerstag, 15. Mai, nachmittags 5 Uhr, Volkshaus, Charlottenburg, Rosinenstraße.

Kriegsteilnehmer, welche in den Kriegsorganisationen tätig sind, Versammlung Donnerstag nachm. 4½ Uhr im Herrenhause, Zimmer 20.

Arbeiter-Samariter-Bund Groß-Berlin. Arbeiter-Samariter, welche nicht dienstlich verhindert sind, werden dringend ersucht, sich Donnerstag, 15. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem Königsplatz am eisernen Hindenburg beim Kolonnenführer Gustav Dietrich zu melden.

Auch werden die Samariter ersucht, die bekanntgemachten Versammlungen zu besuchen, indem nicht jeder einzelne geladen werden kann.

Sonnabend abends 7½ Uhr 31. Stiftungsfest in Alt-Berlin, Blumenstr. 10.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Hennigsdorf. Die Brot-, Butter- und Kartoffelkarten werden wie folgt ausgegeben: Donnerstag, den 15. Mai, Berg- und Rathenaustraße von 8—10, Neuendorf und Friedhofstraße von 10—11, Hösamstraße 11—1, Hauptstraße 2—4, Freitag Berliner Straße 8—11, Bahnhofstr. 45, Kastanienstraße 11—1, Feld- und Fontanestraße 2—4, Sonnabend Burg- und Fabrikstraße 8—11, Seilerstraße 11—1. Die Kartenausgabe erfolgt diesmal direkt an die Haushaltungen. Am 15. Mai wird auf die Fettkarte Butter verabfolgt.

Pankow. Infolge der heißen Witterung sind große Mengen Milch in dickflüssigem Zustande eingegangen. Es können deshalb die ½-Liter-Krankenkarten vom 13. bis 15. Mai einschl. nicht mit Milch beliefert werden. Im übrigen bleibt die Belieferung zunächst wie bisher.

Gewerkschaftsbewegung

Die Neuwahl der Bureauangestellten im Holzarbeiterverband,

Verwaltung Berlin, soll laut Beschluß der Generalversammlung vom 30. April am 1. Juli stattfinden. Zu wählen sind 10 Kollegen. Wie die Ortsverwaltung bekanntgibt, müssen die Bewerber mindestens 5 Jahre dem Deutschen Holzarbeiterverband angehören.

Verbandsmitglieder, die sich um eine Stelle bewerben wollen, haben sich beim Obmann ihres Bezirks oder in der Branchenversammlung, welche sich mit der Aufstellung der Liste der Bewerber beschäftigt, zu melden. Ebenso kann die Branche oder der Bezirk selbständig Vorschläge machen. Die betreffenden Versammlungen werden in der Tagespresse und im Mitteilungsblatt bekanntgegeben.

Die Bezirks- und Branchenversammlungen, die sich mit der Aufstellung der Kandidaten beschäftigen, müssen bis 31. Mai 1919 stattgefunden haben.

Die Kollegen, die als Bewerber in den Bezirken oder Branchenversammlungen gewählt worden sind, haben einen selbstgeschriebenen Bericht über die Aufgaben der Gewerkschaften bis zum 10. Juni 1919, vormittags, an das Bureau, Rungestr. 30, unter Aufschrift Bewerbung einzusenden.

Wir vermissen in der Bekanntmachung der Ortsverwaltung den Hinweis, daß die Bewerber Mitglieder der U. S. P. sein müssen. Schämt sich dieselbe dieses Hinweises oder will sie noch außen den Eindruck erwecken, als wäre jedem tüchtigen Verbandsmitglied — gleichviel welcher politischen Richtung es auch angehört — die Möglichkeit gegeben, sich um die Stellen zu bewerben? Im letzteren Falle wäre die Maßregelung der bisherigen absolut tüchtigen Bureauangestellten nicht erst nötig gewesen.

Achtung Bauarbeiter!

Laut Beschluß des außerordentlichen Verbandstages wird die Streikunterstützung um 50 Proz. erhöht.

Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt, nachdem die erforderlichen Vorarbeiten getroffen sind.

Alles Nähere wird in den nächsten Tagen durch die Tagespresse bekanntgegeben.

Es sei an jeser Stelle noch darauf hingewiesen, daß während des Streiks Beitragsmarken zu kleben sind (siehe § 27 des Verbandsstatuts) und daß jeder, wer am Streik beteiligt war, zwecks Ausweis einen Stempel ins Mitglied erhält. In allen Fällen muß beim Abheben der Streikunterstützung das Mitgliedsbuch in Ordnung sein.

Deutscher Bauarbeiter-Verband, Zweigstelle Berlin.
SO. 16, Engelufer 15. Fernsprecher Amt Moritzplatz Nr. 4006.
Der Vorstand.

Der Streik auf den drei Friedhöfen der St. Georgengemeinde, Landsberger Allee, Königstor und Weißensee, ist durch Bewilligung der geforderten Lohnsätze beigelegt. Die Arbeiter haben die Arbeit bereits wieder aufgenommen.

Von den Spandauer Heeresbetrieben.

Zu den Erörterungen über die künftige Verwaltung der Spandauer Heeresbetriebe wird uns mitgeteilt, daß tatsächlich diese Betriebe nicht dem Reichswirtschaftsministerium, sondern dem Reichsschatzamt unterstellt sein werden.

Kriegsaushelfer und Aushelferinnen. Am Sonntag, den 18. Mai, vormittags 10 Uhr, findet in Hanerlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, eine Versammlung der Kriegsaushelfer und Aushelferinnen statt, in der über den seinerzeit durch den Zentralverband der Handlungsgehilfen dem Reichspostministerium eingereichten Tarifvertrag Bericht gegeben wird.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Alle Kollegen der Karosserie-Betriebe, die die eingereichten Forderungen nicht bewilligt erhalten haben, kommen heute, Mittwoch, am 14. Mai, abends 6 Uhr, zur Versammlung bei Boeker, Weberstr. 17. Tagesordnung: Wie verhalten wir uns weiter?

Branche der Eisen-Metall-Revolverdreher und -Dreherinnen, sowie Rundschleifer. Donnerstag, den 15. Mai, nachmittags 5 Uhr: Vertrauensmänner-Konferenz in Boekers Festsälen, Weberstr. 17 (großer Saal). Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Ohne Mitgliedsbuch und Legitimationskarte kein Zutritt.

Es ist unbedingt notwendig, daß jeder Betrieb oder Abteilung vertreten ist. Vertretung für den Vertrauensmann ist zulässig.

Ein Verein inaktiver Unteroffiziere, Ortsgruppe Groß-Berlin, hat sich am 12. Mai gebildet. Zweck und Ziel des Vereins sollen rein gewerkschaftlicher Natur sein. Als Hauptforderung wurde aufgestellt: „Durchsetzung der von der Regierung versprochenen Gleichberechtigung, also auch Gleichstellung mit den aktiven Unteroffizieren in wirtschaftlicher Beziehung." Die Mitgliedschaft können auch bereits entlassene Nichtkapitulanten erwerben. Nächste Versammlung Donnerstag, den 15. Mai, abends 7 Uhr, im Vereinslokal Heidelberger Krug, Friedrichstr. 112a. Anschrift derselben. Sergant Grothe, 1. Vorsitzender, 1. Garde-Feld 4. Baltr., Kruppstr. 3—4.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

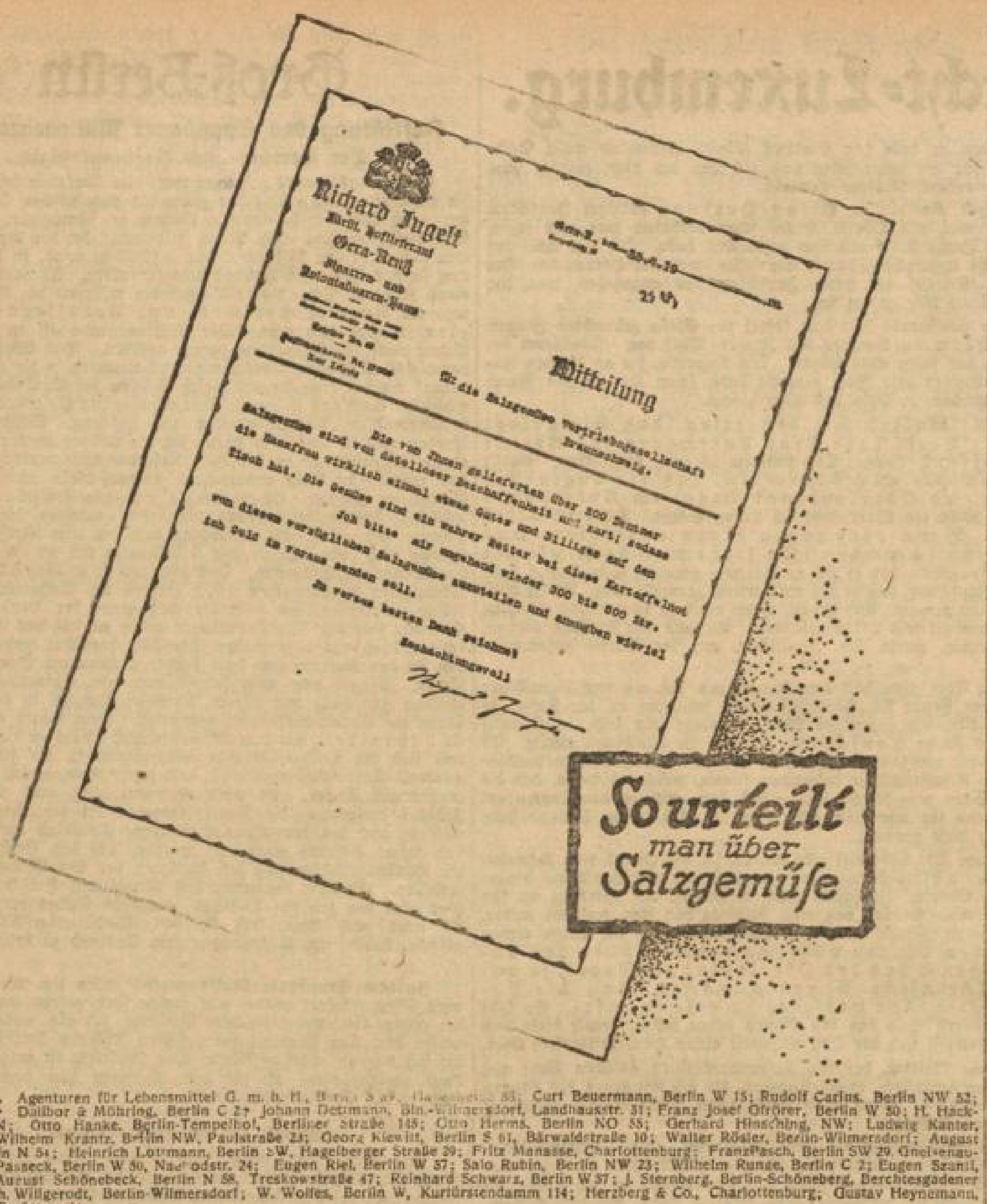
Potsdam. Sozialdemokratische Kundgebung gegen den Gewaltfrieden, Donnerstag, abends 8 Uhr, im Lokal Friedrichsgarten (Bahnhof Charlottenhof). Referent: Abgeordneter der preuß. Landesversammlung Emil Schubert.

Sozialistische Lehrer und Lehrerinnen. Sonnabend, 7 Uhr, Lehrervereinshaus, Vertrauensmännersitzung. Auch Genossen und Genossinnen, die außerhalb der regelmäßigen Vereinssitzungen Zeit und Kraft opfern wollen, sind geladen.

Briefkasten der Redaktion.

Frau Bl. Bitte sofort um Angabe Ihrer Adresse.

Verantwortlich für Politik Artur Fickler, Charlottenburg, für den übrigen Teil des Blattes: Alfred Schulz, Neukölln; für Anzeigen Theodor Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. in Berlin, Lindenstraße 3.


Richard Jugelt
Kgl. Hoflieferant
Gera-Reuß
Zigarren- und Kolonialwaren-Haus

Mitteilung

An die Salzgemüse Vertriebsgesellschaft
Braunschweig.

Die von Ihnen gelieferten über 300 Zentner Salzgemüse sind von tadelloser Beschaffenheit und zart; sodass die Hausfrau wirklich einmal etwas Gutes und Billiges auf den Tisch hat. Die Gemüse sind ein wahrer Retter bei diese Kartoffelnot.

Ich bitte mir umgehend wieder 300 bis 800 Ztr. von diesem vorzüglichen Salzgemüse zuzustellen und anzugeben wieviel ich Geld im voraus senden soll.

Im voraus besten Dank zeichnet

Hochachtungsvoll

Vertreter: Agenturen für Lebensmittel G. m. b. H., Berlin S 59, Hasenheide 85; Curt Beuermann, Berlin W 15; Rudolf Carius, Berlin NW 52; Dalibor & Möhring, Berlin C 2; Johann Dettmann, Bln.-Wilmersdorf, Landhausstr. 31; Franz Josef Ofrörer, Berlin W 30; H. Hackbarth, Berlin N; Otto Hanke, Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 148; Otto Herms, Berlin NO 55; Gerhard Hinsching, NW; Ludwig Kanter, Berlin W 30; Wilhelm Krantz, Berlin NW, Paulstraße 23; Georg Kiewitt, Berlin S 61, Bärwaldstraße 10; Walter Rösler, Berlin-Wilmersdorf; August A. Runge, Berlin N 54; Heinrich Lotmann, Berlin SW, Hagelberger Straße 29; Fritz Manasse, Charlottenburg; FranzPasch, Berlin SW 29, Gneisenaustraße 114; H. Passeck, Berlin W 30, Nachodstr. 24; Eugen Kiel, Berlin W 57; Salo Rubin, Berlin NW 23; Wilhelm Runge, Berlin C 2; Eugen Szanil, Berlin W 30; August Schönebeck, Berlin N 58, Treskowstraße 47; Reinhard Schwarz, Berlin W 57; J. Sternberg, Berlin-Schöneberg, Berchtesgadener Straße 14; Wilh. Willgerodt, Berlin-Wilmersdorf; W. Wolfes, Berlin W, Kurfürstendamm 114; Herzberg & Co., Charlottenburg; Gustav Heynemann, Berlin NW 50, Drakestr. 11.

Großhändler: Max Schneider, Cöpenick, Müggelheimer Straße; J. Gesowsky, Magazinstr. 17 (Berlin); Wilhelm Goebel, Große Frankfurter Straße 37; Max Häusler & Co., Berlin N 4, Bergstr. 34; Verein für Volksküchen, B.-Wilmersdorf; Gebr. Weigert, Berlin SW 68; Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend, Lichtenberg, Rittergutstraße 16; Werner Eberlein, Berlin, Stralsunder Str. 14; R. Schröter, Berlin SO 16, Adalbertstr. 52; Gebr. Hajesch, Berlin O, Weidenweg 24; Gebr. Groh, Berlin SO 16, Schmidstr. 5; Verein für Volksküchen, Berlin-Schöneberg; Müller & Braun, Berlin N 54, Lothringer Straße 43; Gebr. Gause, Berlin C, Brüderstr. 7; C. Buchholz, Berlin-Cöpenick; Ernst Hoffmann, Berlin-Cöpenick, Kaiser-Wilhelm-Straße; Einkaufsgenossenschaft Cöpenicker Kolonialwarenhändler in Cöpenick; Otto Schoening & Co., Berlin-Friedenau, Lauterstraße 16; Paul Brand, Berlin-Cöpenick; Einkaufsgenossenschaft Pankower Lebensmittelhändler, Pankow; Wilhelm Northe, Berlin; Albert Müller, Berlin, Petersburger Straße; Wilhelm Hankein, Schöneberg; August Adalbert Kunze, Berlin N 54, Lothringer Str. 8; Robert L. Liebrecht Nachf., Berlin N. 54, Lothringer Str. 1/6; Wilhelm Salzwedel, Berlin O 112, Knorrpromenade; Albert Herlitz, Berlin NO. 18, Waßmannstraße 13; Richard Retslaff, Berlin-Cöpenick; E. Kosmalla, Neukölln; Marcuse & Orbach, Berlin; Albert Schenk, Berlin-Reinickendorf; H. W. Bahlmann, Berlin NW 52, Kirchstr. 15.

Schlafsofa 130.—, **Chaiselongue** 100.—, Kleiderschränke, Wäschespind, Bettstellen, Matratzen 90.—, **Kommoden** 70.—, **Bücherspind** 140.—, eiserne Bettstellen, Trumeau, Kücheneinrichtung 250.— Gellin, Gartenstraße 26. †67

Musikinstrumente

Adam. Neue Pianos wieder in erstklassiger Qualität. Münzstraße 16. 151R*

Adam. Harmoniums. Münzstraße 16. 151R*

Adam. Stutzflügel, große Auswahl, Münzstr. 16. 151R*

Adam. Reparatur-Stimmwerkstatt, Münzstr. 16. 151R*

Nußbaumpiano. Prachtinstrument, Tockerstimmstock, Garantieschein, 2100.—, Blüthnerpiano spottbillig. Pianostreicher Alexanderstraße 37 (Alexanderplatz). 169R*

Pianos, besonders billige Gelegenheiten, gute, gebrauchte, prächtige, neue. Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 48R*

Pianos, gute, gebrauchte, 1100 aufwärts, neue preiswert. Abendroth, Blumenstraße 44. 153R*

Pianos, prächtige, neue, gebrauchte, mäßige Preise, bequemste Ratenzahlung. Mietsklaviere, preiswert. Sachter, Oranienburgerstr. 42. 14R*

Pianos, neu, gebraucht. Ulz, Klaviermacher, Bernstraße 25, nahe Invalidenstraße. 53/7*

Pianino 1800.—, auch Miete. Pianohaus, Alt-Moabit 80a. 36/12

Fahrräder

Herrenrad, Damenrad mit Gummibereifung, Schläuche von 15 **Mark an** verkauft **W. Teichert, Kommandantenstraße** 60. 174R*

Fahrräder, neue und gebrauchte, mit Gummi, preiswert. Streese, Grüner Weg 13. 126R*

Fahrradschläuche. Friedensware preiswert. Schwanditz, Ritterstraße 13. 36/14*

Kaufgesuche

Platin! **Silber** zu Originalschmelzpreisen kauft „Metallschmelze Cohn" Brunnenstr. 11 (Hof) und Neukölln, Kaiser-Friedrich-Str. 229 (nahe Hermannplatz). 104R

Spiralbohrer, Werkzeuge aller Art kauft Otto, Oranienstraße 173. 145R*

Platinabfälle! Zahngebisse, Goldabfälle, Silberabfälle, Quecksilber, Glühstrumpfasche, Militärtressen, Stanniolpapier, Kupfer, Messing, Zinn, Aluminium, Zink, Blei höchstzahlend. Edelmetall-Einkaufsbüro, Schmelzerei Weberstraße 31. Alexander 4243. *

Messingabfälle! Quecksilber! Kupferabfälle! Zinnabfälle! Zinnasche! Stanniolpapier! Nickelabfälle! Bleiabfälle! Zinkabfälle! Platinabfälle! Zahngebisse! Bruchgold! Silberbruch! Ringe! höchstzahlend! Fabrikpreise! „Metallschmelze Baruch", Fennstraße 48. 1/1*

Teppiche, Möbel, Speisezimmer, Einzelmöbel, Gardinen kauft Schönborn, Ackerstraße 169/170. Norden 19596. 104R*

Borax, Paraffin, Wachs, Schellack, Leinölfirnis, Friedenslacke und ähnliches kauft Walter, Thaerstraße 6. 166R*

Platinabfälle. Gramm bis 12 Mark, Zahngebisse in Platin, Gold, Kautschuk zu höchsten Preisen kauft Metallkontor Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Moritzplatz 12808. 114R*

Leinölfirnis, Standöl, Lacke, Bleiweiß, Schellack usw. kaufen jeden Posten Gebrüder Dorowski, Gneisenaustraße 5. Nollendorf 2379. 100R*

Platina, Gold, Silberabfälle, Münzen, Zahngebisse, alte Uhren und Ketten kauft Frau Linke, Blücherstraße 40. 100R*

Zelluloidabfälle, Schallplatten, Wachswalzen, Glühstrumpfasche kauft „Metallkontor", Alte Jakobstr. 138, Ecke Hollmannstraße. (Moritzplatz 12 808.) 114R*

Kupferabfälle! Quecksilber, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Blei, Aluminium, Stanniol, Zahngebisse, Glühstrumpfasche, Platin, Bruchgold, Silberbruch, Ketten, Ringe, höchstzahlend. „Metallschmelze Cohn", Brunnenstraße 11 und Neukölln, Kaiser-Friedrichstraße 229 (nahe Hermannplatz). 104R*

Firnis, Standöl, Friedensöllacke, Bleiweiß, Schellack kauft bestzahlend Alfred Hoffmann, jetzt Luisenufer 32, Untergrundbahn Prinzenstraße. Moritzplatz 12144 u. 1062. 105/2*

Metallabfälle, Kupfer, Messing, Zinn, Nickel, Zink, Aluminium, Quecksilber, photographische Rückstände, Platin, Gold- und Silberabfälle, sowie alle anderen Metalle kauft „Metallkontor", Alte Jakobstraße 138, Ecke Hollmannstraße. Tel.: Moritzplatz 12 808. 114R*

Spiralbohrer! (neue) aus Schnelldrehstahl und Werkzeugstahl, blau Schmirgelleinen kauft **Klapproth,** Köpenickerstraße 63. 131R*

Platin-, Gold- und Silberabfälle, Quecksilber, Ketten, Ringe, Bestecke, Uhren, Tafelaufsätze, Tressen, photographische Rückstände, Papiere, Glühstrumpfasche, alte Zahngebisse, salpetersaures Silber, deren Rückstände und Gekrätze usw. kauft Platin- und Silberschmelzerei Groh, Berlin, Cöpenickerstraße 29. Telephon: Moritzplatz 3476. Eigene Schmelze, direkte Verwertung. *

Elektrische Installations-Materialien kauft laufend Buscher, Brandenburgstraße 39. **Moritzplatz** 12912. 162R*

Achtung! Pläne, Garne, Roßhaare, Leinenstoff, Seidenreste, Samt, Band, Wäsche kauft Meyer, Schönhauser Allee 182a III. Norden 10904. 194R*

Schellack, Leim kauft, auch kleinste Posten, Richard Lücke Nachfolger, Neue Königstraße 19a. 194R*

Goldsachen, Platin, Gramm 12.00, Silbersachen, Uhren, Zahngebisse, Militärtressen. Bruckardt, Andreasstr. 34. 129R*

Isolierten Kupferdraht kauft Bramhorst, Holzmarktstr. 17. Alexander 2473. 191R*

Schellack, Firnis, Lacke, Anilinöl, Paraffin usw. kaufen Winkler, **Alte Schönhauserstraße** 28. 191R*

Norden 1727. Wegen Wiedereinmietung gebrauche ich Schlafzimmer, Speisezimmer, Klaviere, Teppiche, Betten sowie Einzelstücke höchstzahlend. Gottlieb, Elsasserstraße 28. 163R*

Nähmaschinen, gut erhalten, kauft höchstzahlend Kallek, Nürnbergerstraße 64. 113R*

Bienenwachs, Paraffin, Harz, Lacke, Schellack kaufen höchstzahlend Gebrüder Noack, Gr. Frankfurterstraße 25/26. 192R*

Spiralbohrer! (Neue), blau Schmirgelleinen kauft laufend Werkzeughandlung Beuthstraße 14 (Spittelmarkt). R*

Schreibmaschine kauft Ebert, Mohstraße 18. 90R*

Spiralbohrer, Metalle, Quecksilber, Installationsmaterial kauft laufend Klempnerei, Kaiser-Friedrichstr. 7, Charlottenburg. 160R*

Leitungsdrähte, Kabel, Litzen, Anker, Spuldraht, Wachsdraht kauft Großfeld, **Kottbuserstraße 21. • Moritzplatz 4016.** 174R*

Kaufe Plane, Bindfaden, Säcke und Garne zu höchsten Preisen. Engel, Woldenbergerstraße 7. Postkarte genügt.

Elektromotore, Kupferdrähte, Glimmer, Benzin kauft Kuttner, Prenzlauerallee 220. *

Teppich, Diwandecke kauft Fröhlich, Schillingstraße 18. Zahle guten Preis. 90R*

Gebrauchtes Piano kauft Henke, Prinz-Eugenstraße 27. Preisangabe. 36/4*

Unterricht

Kaufmännische Privatschule von Georg Grunow, Belle-Alliance-Straße 106. Ausbildung in Schönschreiben, Maschinenschreiben, Stenographie, Buchführung, Rechnen, Schriftwechsel, Wechselkunde, Rundschreiben. Anmeldungen jederzeit. 108R*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt G. Swienty, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV. *

Kaufmännische Privatschule Paul Kowalski, Köpenickerstraße 148, am Schlesischen Bahnhof. Ausbildung in allen Handelsfächern sowie Stenographie, Maschinenschreiben, Englisch, Französisch, Polnisch, Russisch, Deutsch, Schreiben, Rechnen, polnische Stenographie und Maschinenschreiben, kaufmännische und landwirtschaftliche Buchführung. Tages- und Abendkurse. 117R*

Mandolinenschule, Gitarreschule, Spezial-Dreimonatskurse, Leihinstrumente. Rehbes, Brunnenstr. 100 II. R*

Berlitz-Schulen G. m. b. H. Unterricht in allen Sprachen. Abendklassen, Englisch und Französisch 10 Mark monatlich. Kleine Tagesklassen. Einzelunterricht während des ganzen Tages. Prospekt kostenlos. Leipzigerstraße 123a, Tauentzienstraße 19a. 195R*

Dr. Fackelmanns Einjährigen- und Abiturienten-Vorbereitungs-Anstalt. Volksschüler! Ermahnt euch! Tageskurse, Abendkurse! Notprüfungen. Frei Prospekte. Berlin-Wilmersdorf, Hohenzollerndamm 198 (3—4), Uhland 1600. *

Kaufmännische Privatschulen von Ludwig Rößner, Hackescher Markt, Neue Promenade 3 (Bahnhof Börse), Spittelmarkt, Seydelstraße 1. Anfang Mai beginnen Privatzirkel (5 Teilnehmer). Anfang jedes Vierteljahres beginnen Halbjahres-, Jahreslehrgänge zur Ausbildung für den kaufmännischen Beruf. Der Unterricht wird vormittags, nachmittags oder abends erteilt und umfaßt alle oder einzelne der folgenden Fächer: Rechnen, Buchführung (einfache, doppelte, amerikanische), Schriftverkehr, Handelskunde (Wechsel-, Scheckkunde, Kontorlehre), Schönschreiben, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Deutsch, Englisch, Französisch. Lehrpläne kostenfrei. Anmeldungen jederzeit. 121/7*

Klavierkursus, Erwachsenen Schnellmethode, Monatspreis 6.—. Klavierüben frei. Musikakademie, Oranienstraße 63 (Moritzplatz). 34/11*

Verschiedenes

Landrichter, außerdienstlich. Rechtsbeistand, Prozeßführung, Eingaben, Ermittelungen, Beobachtungen. Lothringerstraße 47 (Rosenthalertor), Hannoverschestraße 3 (Oranienburgertor). *

Dauerwäsche reinigt, verfeinert und repariert Born, Reichenbergerstraße 7. 78R*

Rechtsauskunftei Invalidenstraße 134. Strafsachen, Ehesachen, Alimenten-, Rentensachen, Beobachtungen, Ermittlungen. 163R*

Rechtshilfestelle! „Wahrheit", kostenfreie Ratserteilung, allerbilligste Gerichtsvertretung (auch auswärts), Ehescheidungen, Alimentensachen, Fürsorgesachen, Strafsachen, Gesuche wirkungsvoll! Haftentlassungen, Straferlaß! Glänzende Erfolge! Auch Sonntags und Feiertags geöffnet! Kottbuser Damm 65. Ackerstraße 7. Adalbertstraße 3, Neukölln, Emserstr. 65. 90R*

Rechtsberatung kostenlos! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Prozeßführung vor allen Gerichten! Gesuche! Rechtshilfestelle Neukölln, Berliner Straße 102. (Hermannplatz.) Auch Sonntags! 127R*

Kostenfreie Ratserteilung, allerbilligste Prozeßführung, Ehescheidungs-, Alimenten-, Pfändungs-, Strafsachen, Unterstützungs-, Rentengesuche, Verwaltungen, Beweismaterial. von Haeusler, Borsigstraße 11 (Stettiner Bahnhof). *

Pfandscheine beleiht Werner, Greifswalderstr. 224. *

Rechtsbeistand! zuverlässiger, Gerichtstr. 51 (Nettelbeckplatz). Zivil-, Strafsachen, Ehesachen, Gnadensachen. Langjährige, erfolgreiche Praxis. 190R*

Maßkorsetts fertigt an bei Stoffzugabe Frau Margarete Richter, Fehrbellinerstr. 5 *

Hypotheken, Erbschaften, Wertpapiere, Kriegsanleihe, Zinsscheine, Sparbücher, Lebenspolicen kauft, beleiht jede Höhe streng vertraulich. (Sofortige Geldauszahlung). Ratenrückzahlung. Deutsche Kreditkasse, Berlin, Prinzenstraße 54 (Moritzplatz). 41R*

Privatmann gibt Gelddarlehn jedermann. Günstige Bedingung. Mellor, Brückenstraße 8. 30/17*

Kriegsanleihe, Pfandscheine, Auslandspapiere, Forderungen beleiht, kauft Beleihungsstelle für Wertpapiere, Holzmarktstraße 69/70. 30/1

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Monteur verlangt ständig oder auch in den Abendstunden Graphisches Fachgeschäft Hans J. Czynowski, Buckowerstraße 3. Gelegenheitskäufe in neuen und gebrauchten Maschinen. 134R*

Händler — Hausierer! Höchster Verdienst durch Hotelstrumpfbänder und andere Neuheiten. Probesätze gegen 50 Pfennig. Meldung von 2—5 Uhr täglich. Ferner großer Posten Haar- und Bodennadeln preiswert abzugeben. Rottke, Berlin O., Schreinerstraße 23. 2/1*

Kabel-Portier, dessen Frau Hausreinigung übernimmt, für dauernde Stellung sofort oder später gesucht. Paul Wurms, Berlin-Schöneberg, Monumentenstraße 7. 39/1

Tüchtige Emailleure und Emailleusen für dauernde Beschäftigung. Kunstgewerbliche Emaillieranstalt [illegible] Steffe, Markusstraße 5.

Tüchtigen, jungen Steindruckmaschinenmeister sucht Etikettenfabrik Gebr. Hartkopf, Berlin, Wallstr. 17/18. 1

Jungen Steinschleifer sucht Steindruckerei Gebrüder Hartkopf, Berlin, Wallstraße 17/18. 27/18

Uhrmachergehilfe sofort verlangt. G. Schlegel, Schillingstraße 11. 14*

Schneider verlangt Wiener Modellhaus Elsasserstr. 53. *

Lehrling für Kontor und Lager findet gründliche Ausbildung in der Schirmfabrik Eugen Lichtenstein, Neue Friedrichstraße 38-40. 195R

Gürtlerlehrling verlangt Ebelstädt und Robert, Brandenburgstraße 35. 36R

Laufbursche, (Schulentlassen) sucht Ed. Puls, Berlin-Tempelhof, Germaniastr. 157/158

Jüngere Laufburschen verlangt W. Krüger, Muskauerstraße 49. 41

Schneiderinnen verlangt Wiener **Modellhaus,** Elsasserstraße 53. 35/18

Landarbeiterinnen bei gutem Lohn und voller Verpflegung, auch ungelernte, verlangt Arbeitsnachweis der Stadt Berlin, weibliche Abteilung, Rückerstraße 9, parterre. Vermittlung kostenlos. 121/14

Lehrmädchen zur Erlernung der Putzfedernfabrikation sucht **Adolf Rosen,** Wallstraße 16. 198R

Putzarbeiterinnen sofort verlangt Albert Wolff, Spittelmarkt 8/10. 71R

Zuarbeiterin, Hilfsarbeiterin für Schneiderin bei dauernde Beschäftigung. Frau Lichtenberg, [illegible]

Musternäherin, perfekte auf Kleider, verlangen sofort Berkfeld [illegible], Kommandantenstraße 80.

Damenhemden-Arbeitsstuben oder Näherinnen, welche auch selbst zuschneiden können, Meldungen mit Probehemd Paul Held Nachfolger, Invalidenstraße 162. 19R

Zuschneiderin auf Kostüme für dauernde Beschäftigung bei hohem Wochenlohn verlangt Stillger, Warschauerstraße 13. 2717

Mamsells auf Seidenmäntel **außer dem Hause** für dauernde, gut bezahlte Arbeit verlangt. Stillger, Warschauerstraße 13.

Kostümröcke, Näherinnen außer dem Hause für dauernde, gut bezahlte Arbeit verlangt Stillger, Warschauerstraße 13. 2718

Lehrmädchen für Kontor und Lager findet gründliche Ausbildung in der Schirmfabrik Eugen Lichtenstein, Neue Friedrichstraße 38-40. 1

Nervöse Schlaflosigkeit
wird behoben durch
Angloval
(Extr. Valerian cps.)
nur aus Pflanzenstoffen bereitet
Preis 4 M.
Generaldepot: Hohenzollern-Apotheke, Berlin W 10
Königin-Augusta-Straße 50. — Teleph.: Lützow 133.

Kuhla-Pianos
Verkauf im Fabrikmagazin
N 31, Wattstr. 17/18.

Piano kauft
Assor, Flensburger Straße 1.
Fernspr.: Moabit 7310. *

Gleichstrom-Drehstrommotoren
An- und Verkauf jeder Größe und Stromart.
Elektromotor Königstadt (Inhaber Rosenblüth)
Blumenstraße 88. Fernspr. Königstadt 1684.

Hämorrhoiden
über 20000 Erfolge
Topf 8 M.
BOKASAL-Heilmittel
BERLIN, 31 SW68

Haut- und Harnarzt
Dr. med. Colemann,
Friedrichstr. 91-92, Ecke Dorotheenstr.
Sprechst. 10—1 und 4—7 Uhr.
Erfolgreiche Behandlung

Verkäufe

Pfandleihhaus, Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Herrengarderobe! Goldsachen. Bettenverkauf. *

Gardinenverkauf. Künstlergardinen, Zuggardinen, Tüllstores, Tüllbettdecken, ferner Teppiche, Bettvorleger, Läuferstoffe, Tischdecken, Diwandecken, Portieren usw. finden Sie äußerst billig bei Schönhorn, Ackerstraße 169/170, Eckhaus Elsasserstraße (Rosenthaler Platz). 120/2*

Leiterhandwagen, Handwagen jeder Art, Holzräder. Schmiede, Landsbergerstr. 13.

Abessinierpumpe, Sauger, Rohre, Gartenspritzen [illegible] billig. Schroeder, Hochstraße 33. 72/7*

Kronleuchter, hochmoderne Muster, Gas, elektrisch, sehr preiswert. Ein Posten verliehen gewesene Beleuchtung zu annehmbarem Preis. Kommandantenstr. 58/59. 182R*

Singerlangschiff Fabrikat Wertheim, Zentralbobbin, auch gebrauchte, Kalisch, Mittenwalderstr. 64, Chausseestraße 73/74, Prinzenstraße 45. Spezialabteilung: für Metallbettstellen und Kinderwagen. 113R*

Teppiche, 200 : 300 175.—, 250 : 350 265.—, 300 : 400 350.—, Dorit, Potsdamerstraße 65. 9—12, 3—6. 109R*

Frühjahrskostüme, Backfischkostüme, Frühjahrsmäntel, Sportjacken, Stoffröcke, Seidenröcke direkt aus Arbeitsstuben. Meyer, Blücherstraße 13 I (kein Laden). Verkauf nur nachmittags. 100R*

Dungkarren und andere Transportgeräte liefert billigst ab Lager Wagner, Cöpenicker Straße 71. 121R*

Elektrisches Material, Glühlampen, Kupferdrähte, „Nobba". Alte Jakobstraße 125. 129R*

Regale aller Art liefert billigst **Zorn, Potsdamerstraße** 118c. 88/6*

Feldschmieden, Drehbänke, Druckbänke, Bohrmaschinen, Schraubstöcke, Ambosse, Richtplatten, Balanciers, Hebelscheren, Schleifmaschinen, Stockzeuge, Schmirgelscheiben, Sickenmaschinen, Kreisscheren, kleine Werkzeuge aller Art preiswert zu verkaufen. Freudenheim, Georgenkirchstr. 40. *

Kochherde, kleine und große, vorrätig. Herdfabrik Reform, Lichtenberg, Herzbergstraße 54. 91/17*

Gaskocher, 1 und 2 Loch, Friedensausführung zu Fabrikpreisen liefert Kuttner, Prenzlauerallee 220. 178R*

Elektromotore, Gleich- und Drehstrom, Anlasser verkauft Kuttner, Prenzlauerallee 220. *

Schutzhunde, Stubenhündchen, junge Foxterrier, Pintscher, Schäferhunde verkauft Schaffland, Palisadenstraße 25. 34/14*

Gardinenverkauf, Fenster 38 Mark, Teppichverkauf von 150 Mark, Storesverkauf, Tüllbettdecken, Diwandecken, Bettenverkauf. Leihhaus, Admiralstraße 4. 35/9*

Nähmaschinen, gut erhalten. Birkenstraße 51 III. †196

Plättmaschine verkäuflich Wilsnackerstraße 13 II. †197

Knabenanzüge alle Größen, dauerhaft, billige Preise bei Kriebe, Bahnhofstraße 3 III, Anhalter Bahnhof. 2760b

Brillantschmuck. Umständehalber verkaufe Armband, Kollier, Ohrringe, Ringe, Jeske, Treskowstraße 14. b

Todesfall halber verkauft billig Pachtland mit allem Komfort, 2 Milchziegen, 3 Lämmer, 4 Legehühner und Kaninchen. Thiem, Manteuffelstraße 34. †13

Kostümröcke direkt aus Arbeitsstube, bezugscheinfrei, zu Fabrikpreisen. Michel, Schöneberg, Mühlenstraße 1a, 1 rechts. 96/2

Kostüm, hochmodern 95.—, Kleider, Frühjahrsmantel 70.—, Tausinger, Mühlenstraße 1a II (Schöneberg).

Kognak preiswert zu vergeben. Gornow, Wichertstraße 70. †40

Kastenhandwagen zu verkaufen. Wäsche-Verleih-Geschäft, Pücklerstraße 46. †12

Geschäftsverkäufe

Buch- und Papierhandlung, seit 12 Jahren bestehend, im westlichen Vorort Berlins, sofort oder 1. Juli zu verkaufen. Gute Existenz für Buchbinder oder Kriegsbeschädigten. Offerten unter E. T. 1000 postlagernd, Postamt 8, Lichterfelde. 2720b

Restaurant, Vereine, 26 Halbe, 85 Miete, Inventarwert verkäuflich. Weißensee, Lehderstraße 27. 2712b

Möbel

Gelegenheitskauf. Küchen von 300 Mark an. Kein Laden. Küchenmöbel-Verkaufslager Meisinger, Brunnenstraße 60. Fernsprecher Norden 182. 28/2*

Möbel jeder Art auf Teilzahlung und bar. Große Auswahl. Kulante Bedingungen. Möbelhaus „Luisenstadt", Cöpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 42R*

Möbelkredit. Bequeme An- und Abzahlung. Einzelne Möbelstücke sowie vollständige Wohnungseinrichtungen. Kriegsbeschädigte und Vorzeiger unserer Annonce erhalten Rabatt. Gustav Gärisch, Stralauerplatz 12, Ecke Fruchtstraße, am Schlesischen Bahnhof. 137R*

Metallbetten, weiß, schwarz, braun 75.—, Chaiselongues 75.—, Melcke, Auguststraße 32A, Quergebäude parterre.

Komplette Küchen, mit, ohne Anrichte, roh und gestrichen, große Auswahl, enorm billig. Lothringerstraße 22, Schönhausertor. b*

Kinderbettstelle, Eisen, groß, Stoffmatratze verkauft für 75.—, privat nachmittags **Hauck, Christburgerstr. 10.** †

Möbelkredit an jedermann. Kleinste Anzahlung, bequemste Abzahlung, größte Rücksicht. Einzelne Möbelstücke gebe bereitwilligst ab. Kriegsanleihe nehme in Zahlung. Bei Barzahlung bedeutende Preisermäßigung. Landwehr, Müllerstraße 7, eine Treppe. *

Möbel-Groß, Große Frankfurter Straße 141, zweites Geschäft: Invalidenstraße 5, Ecke Ackerstraße, liefert stets zu billigen Preisen gute Möbel gegen bar oder bequeme Teilzahlung. Kriegsbeschädigte erhalten Rabatt. Anzeige mitbringen. Wert 5 Mark.

Möbel-Grau, Gneisenaustraße 10. Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Möbel, Polsterwaren. Kasse und Teilzahlung. 132R*

Speisezimmer, Wohn- und Schlafzimmer, Herrenzimmer, Büfetts, Standuhren, Küchen billigst. Lombardhaus Alte Schönhauserstraße 20. 147R*

Bettstellen 75, Kleiderschränke, Vertikos, Sofas, Polstergarnitur, Küchen, Schreibtische, Bücherschränke, Ausziehtische, Chaiselongues, Spiegel, Kommoden, Herrentische, Salontische, Federbetten billigst. Lombardhaus, Alte Schönhauserstr. 20. 147R*

Möbel-Rath liefert preiswert Wohn-, Schlaf-, Speisezimmer, auch einzelne Möbelstücke, große Auswahl in farbigen Küchen, Teilzahlung gestattet. Elsasserstraße 64, am Oranienburger Tor. 175R*

Unbedingt! wichtig für Möbelkäufer ist es, vor Kaufabschluß die sehenswerte Ausstellung im „Berliner Möbelhaus", nur Südosten, Skalitzerstraße 25, Hochbahn Kottbusertor, zu besichtigen. Riesenauswahl gediegener Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, moderner Küchen zu niedrigsten Preisen! Ich unterhalte keine Filialen.

Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues, Umbausofas. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 114R*

Möbel, preiswert, Spezialität Stuben, Küchen, auch einzelne Möbelstücke. Eventuell Teilzahlung. S. A. Weißbach, Elsasserstraße 5, Rosenthaler Tor. *

Möbelangebot. Im Anhalter Bahnspeicher stehen verschiedene Einrichtungen und Einzelmöbel zum spottbilligen Verkauf. Auch Ankauf gebrauchter Möbel. Otto Liebe, Möckernstr. 25. 135R*

Herumgesprochen haben sich unsere billigen Preise. Eichene Eßzimmer 1048.—, 6750.— M. Schlafzimmer 947.—, 7750.— Mark. Eichene Herrenzimmer 968.—, 8060.—, Wohnzimmer 735.— an. Küchen 455.—, 2425.—. Qualitätsarbeit, viel Friedensmaterial, auch Einzelmöbel. Lieferung eigene Gespanne auch außerhalb franko. Höffner-Möbel-Großhäuser, Veteranenstraße 11—13 (verlängerte Invalidenstraße).

Ersparnisse beim Möbelkauf. Entzückende farbige Küchen 455.—, 575.—, 568.—, Stubeneinrichtung mit Sofa 710.—, Bettstellen 68.—, 75.—, 145.— Lieferung frei Wohnung. Möbelschatz, Brunnenstraße 160, Eingang Anklamerstraße.

Schlafzimmer in reicher Auswahl, einfacher und eleganteste Ausführung verkauft direkt an Private zu Engrospreisen. Schlafzimmer-Spezial-Fabrik, Burgstr. 27, „Bürohaus Börse". 178R*

Wenig gebrauchtes eichen Speisezimmer komplett 2850, Herrenzimmer, sehr gediegene, elegante Ausführung, komplett 3400.—, eiche Schlafzimmer billigst. Möbelhaus Osten, nur 30 Andreasstraße 30. 102R*

2 Bettstellen mit Federbetten für 500.— verkauft (gewerblich) Stern, Zehdenickerstraße 7. 194R

Möbel, mahagoni Kleiderschrank, Marmor-Waschtoilette, Goldspiegel, komplette Küche zu verkaufen. Händler verbeten. Nach 5 Uhr abends. Schreiber, Göhrenerstraße 9.